

Baden-Baden:

Rätsel zum Jahresrückblick: Sandweierer gewinnt

**Bühl:**

Eisbahn am Wiedenfels darf öffnen

**Murgtal:**

Michael Chemelli und die Sehnsucht nach dem Himalaja

**Rastatt:**

Tierheim hat sich auch 2021 einiges vorgenommen



Gedämpfte Stimmung

Umfrage: Bürger bewerten Wirtschaft

Baden-Baden (vo) – Die Stimmungslage der Bürger ist mit Blick auf die wirtschaftliche Situation eher gedämpft. Das ist eines der Ergebnisse der dritten Folge des BaWü-Checks, einer Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg.

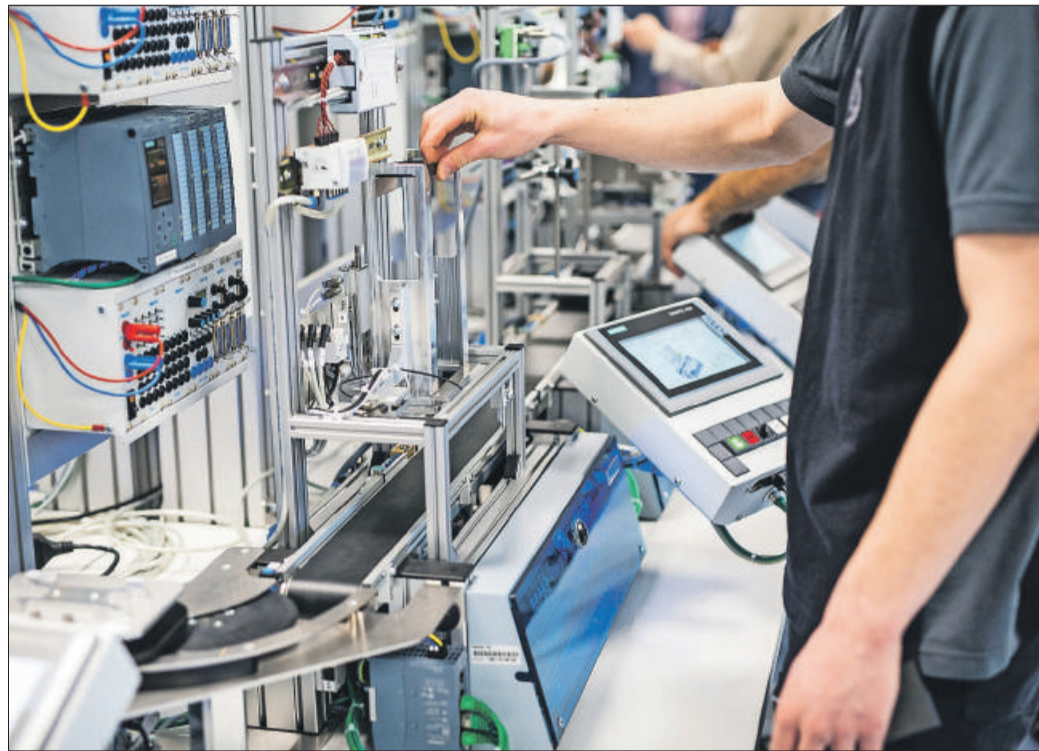
BaWü-Check



BADISCHES TAGBLATT

Die Umfrage im Vorfeld der Landtagswahl am 14. März verdeutlicht, dass 52 Prozent der Befragten eher pessimistisch sind – auch was die nähere Zukunft angeht. Dennoch gibt es im Wahljahr auch eine große Zahl von Menschen, die den baden-württembergischen Unternehmen eine gewisse Stärke zutrauen, immerhin sind das 40 Prozent. Die Trendanalyse zeigt jedoch auch deutlich, dass der Optimismus seit Oktober vergangenen Jahres wächst: Damals sahen lediglich 30 Prozent den nächsten zwölf Monaten optimistisch entgegen, im November 37 Prozent, aktuell sind es 40 Prozent.

Zu den Auswirkungen der aktuellen Krise kommt der generelle Strukturwandel, insbesondere der Transformationsprozess in der Automobilindustrie und die Digitalisierung. Die Mehrheit der Bürger ist überzeugt, dass die Unterneh-



Beim Thema Digitalisierung sehen die Menschen in Baden-Württemberg noch Nachholbedarf – auch in den Unternehmen. Foto: Schmidt/dpa

men in Baden-Württemberg beim Thema Digitalisierung noch nicht ausreichend gut aufgestellt sind. 52 Prozent glauben, dass sie der Entwicklung noch hinterherhinken.

Auch die Zukunft der Vorzeigebetriebe des Landes, der Automobilindustrie, sehen vie-

le skeptisch. Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass die Automobilindustrie auch in den kommenden Jahren wesentlich zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung im Land beitragen wird.

Eher gespalten ist die Bevölkerung in der Frage, ob die

Landesregierung die Wirtschaft in der schwierigen Lage ausreichend unterstützt. 39 Prozent haben demnach den Eindruck, dass Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) genug tut, 38 Prozent meinen, es reiche nicht aus.

◆ **Berichte:** Sonderseite

Bis in den Februar

Kurzarbeit bei Daimler

Stuttgart/Rastatt (tas) – Der Stuttgarter Autobauer Daimler rechnet damit, die Produktion in seinem Rastatter Werk bis in den Februar komplett herunterzufahren zu müssen. Das geht aus einer Mitarbeiterinformation am Standort hervor. Gleichzeitig ist Kurzarbeit in der Zeit vom 15. Januar bis 7. Februar geplant, betroffen sind neben der Produktion auch die Verwaltung, steht in dem Schreiben von Werksleiter Thomas Geier und Betriebsratschef Murat Sür. Die Stuttgarter Konzernzentrale bestätigte dem BT die Beantragung von Kurzarbeit für das Werk, nannte aber keinen konkreten Zeitraum. In einer zuvor verbreiteten Mitarbeiter-Information am Standort Rastatt war noch vom 29. Januar als letztem Tag der Produktionsdrosselung die Rede. Ursache für die Anpassungen sind fehlende elektronische Bauteile von Zulieferern. Das stellt auch andere Pkw-Hersteller, beispielsweise VW, vor Probleme.

◆ **Bericht:** Wirtschaft

Im Sportteil

Kiel wirft Bayern aus dem Pokal

Rekordgewinner FC Bayern München ist im DFB-Pokal in der zweiten Runde überraschend ausgeschieden. Der Spitzenreiter der Fußball-Bundesliga verlor gestern Abend sein Zweitrundenspiel beim Zweitliga-Dritten Holstein Kiel mit 5:6 im Elfmeterschießen und kassierte erstmals seit 17 Jahren im DFB-Pokal eine Niederlage gegen eine klassenuntere Mannschaft. Nach regulärer Spielzeit und Verlängerung hatte es 2:2 gestanden.

Das Gesicht



Der Tätowierte

Ex-Porsche-Betriebsratschef **Uwe Hück** (58, Foto: Deck/dpa), hat sich den rechten Oberarm tätowieren lassen. Nämlich Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. In Corona-Zeiten sei diese gefährdet, so Hück. „Wenn niemand daran erinnert, geht der Grundgesetz flöten.“

Weitere Wochen mit Beschränkungen

Minister Spahn gibt Regierungserklärung ab / Schulen glauben nicht an Öffnung

Berlin/Baden-Baden (dpa/fk) – Gesundheitsminister Jens Spahn hat die Bevölkerung auf weitere Wochen mit Beschränkungen des öffentlichen Lebens eingestellt. „Wir werden auf unserem Weg raus aus der Pandemie noch einige Zeit aufeinander Acht geben müssen. Abstand, Hygiene, Alltagsmasken, FFP2-Masken, reduzierte Kontakte bleiben eine Notwendigkeit“, sagte der CDU-Politiker gestern in einer Regierungserklärung im Bundestag.

Die Maßnahmen seien hart und stellten das Leben etwa in den Schulen und in den Familien weiter auf den Kopf.

„Aber: Wir müssen da jetzt gemeinsam durch und einander unter Stress vertrauen.“ Nur so könne man die Pandemie bezwingen, sagte Spahn.

Hoffnung machten die Impfstoffe. Voraussichtlich bis zum Sommer gebe es ein Impfangebot für alle, sagte Spahn. „Schritt für Schritt kommen wir dahin, dass wir unser Leben nicht mehr von der Pandemie kontrollieren lassen.“

Gleichzeitig sicherte Spahn gestern nach Kritik am Start der Corona-Impfungen schrittweise mehr Tempo zu und warb für eine breite Impfbereitschaft. Angesichts anhaltend hoher Todeszahlen wächst die

Kritik an der Strategie der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Das gilt vor allem für die Impfkampagne, die aus Sicht von Opposition und SPD nicht schnell genug vorankommt. Im Bundestag gab es daher harsche Worte gegen den Minister. Spahn räumte Verbesserungsbedarf bei Abläufen ein, verteidigte aber die gemeinsame europäische Beschaffung, die Deutschland genug Impfstoff sichere.

Unterdessen rechnen viele Lehrer und Schulleiter in Mittelbaden genauso wie das Rastatter Schulamt nicht damit, dass heute eine Öffnung der

Grundschulen und Kitas ab Montag beschlossen wird.

Allerdings glauben in einer BT-Umfrage viele der Verantwortlichen mit Blick auf eine länger andauernde Aussetzung des Präsenzunterrichts an die Verschärfung der Situation in der Notbetreuung. Diese sei in den vergangenen Wochen nicht allzu stark frequentiert gewesen, doch jetzt drohe eine deutliche Zunahme der Anfragen, da die Eltern mit einer Schulöffnung gerechnet hätten. Das machte gestern unter anderem die Stadt Baden-Baden deutlich.

◆ **Kommentar:** Hintergrund

◆ **Berichte:** Sonderseite

Lockdown setzt Einzelhandel zu

BBI-Vorsitzender sieht „Marktbereinigung“ in Baden-Baden

Baden-Baden (nof) – Der Vorsitzende der Einzelhändlerinitiative Baden-Baden Innenstadt (BBI), Matthias Vickermann, sieht mit dem Lockdown eine „Bereinigung des Marktes“ auf die Innenstadt zurollen. Er befürchtet, dass einige Geschäfte diese erneute Phase der Schließung nicht überleben werden. „Und es tut mir um jedes einzelne sehr leid“, betont er im BT-Gespräch. Auch Modehaus-Chef Franz Bernhard Wagener rechnet mit weiteren Geschäftsaufgaben: „Wir leben von der Substanz.“ Kritik übt er an der Politik. „Irgendwann müssen die Einzelhändler wieder aufmachen. Sonst gibt es sie nämlich bald nicht mehr.“

◆ **Bericht:** Lokales



In der Baden-Badener Fußgängerzone bleiben jetzt auch die Schaufenster dunkel. Foto: Zeindler-Efler

Deutlicher Rückgang

Ausbildungsverträge

Karlsruhe/Baden-Baden (vo) – Wegen der zum Teil unsicheren Corona-Lage sowie einer wirtschaftlichen Eintrübung schon vor der Pandemie haben die Unternehmen und Betriebe im Bereich der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe deutlich weniger neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Die IHK berichtet von 3777 jungen Menschen, die 2020 in eine duale Berufsausbildung gestartet sind. Das waren 383 weniger als im Jahr davor. Mit einem Rückgang von 9,2 Prozent schnitt die IHK Karlsruhe jedoch besser ab als die meisten anderen Kammern in Baden-Württemberg.

◆ **Bericht:** Wirtschaft

Heute mit

AUSZEIT

Das Veranstaltungs- und TV-Magazin

Rastatter wägen ab

CDU-Parteitag

Baden-Baden (kli) – Der Online-Parteitag der CDU, auf dem am Freitag und Samstag 1001 Delegierte über den neuen Parteichef entscheiden, wird auch in der CDU in Mittelbaden mit Spannung erwartet. Um die Nachfolge von Ansgar Kramp-Karrenbauer bewerben sich Norbert Röttgen, Friedrich Merz und Armin Laschet. Der Baden-Badener Bundestagsabgeordnete Kai Whittaker spricht sich für Röttgen als neuen Parteichef aus. „Röttgen ist derjenige, der erkannt hat und es klar kommuniziert, dass wir als Union in einer veränderten Welt neue Antworten liefern müssen“, sagt Whittaker dem BT.

Anders als Whittaker, der gar nicht wählen darf, weil er kein Delegierter ist, haben sich die drei Delegierten des Rastatter Kreisverbands noch nicht auf einen Kandidaten festgelegt.

Man habe im Kreisverband neulich eine virtuelle Mitgliederkonferenz zu dem Thema abgehalten, um die Stimmung auszuloten. „Bei den Teilnehmern gab es keine eindeutige Präferenz für einen der Bewerber“, teilen gestern Kreischefin Brigitte Schäuble und die Landtagsabgeordneten Tobias Wald und Alexander Becker auf Anfrage gemeinsam mit.

◆ **Berichte:** Hintergrund